Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang

Sonnabend, 25. Juni 1921

Nummer 292 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bezw. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zum Januar-Putsch

Von Paul Lange

Der „Vorwärts" hat sich in der letzten Zeit wiederholt mit dem Berliner „Januar-Putsch", d. h. mit den Vorgängen beschäftigt, die im Januar 1919 mit der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs endigten. Für die Liebknechts und Rosa Luxemburgs endigten im Anschluß an einen Aufsatz von Fritz Wolffheim und Heinrich Laufenberg.

Nicht nur im Interesse der Wahrheit über vergangene Dinge, sondern vor allem um den Blick der Arbeiterschaft — gleichviel welcher politischen Richtung — für die Zukunft zu schärfen, soll hier geschildert werden, wie sich die damaligen Ereignisse entwickelt haben.

Am Morgen des 9. November 1918 erließ die alte sozialdemokratische Partei einen Aufruf an die Berliner Arbeiterschaft, der die Mahnung enthielt, die kaiserliche Regierung nicht zu stürzen, weil sonst der bevorstehende Friede gefährdet werde! Am selben Tage, nachmittags, hatte zwar Scheidemann konstatiert, daß durch die Erhebung des Volkes das kaiserliche Regime gestürzt und die Republik an dessen Stelle getreten sei, aber er berichtet in seinem Buche „Der Zusammenbruch" selbst, einer seiner Parteifreunde habe ihm deswegen heftige Vorwürfe gemacht, denn „über die zukünftige Staatsform werde die Konstituante zu bestimmen haben". Zu Mittag des 9. November war Ebert zum kaiserlichen Reichskanzler ernannt worden. Am Abend desselben Tages schrieb der „Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, ob Deutschland eine Republik sein solle, habe die „konstituierende Nationalversammlung zu entscheiden". Am 10. November tagten noch die alten kaiserlichen Staatssekretäre unter Vorsitz des Reichskanzlers Ebert.

Für die U. S. P. und den Spartakusbund war die Republik am 9. November 1918 eine Tatsache, für die Rechtssozialisten aber noch eine Frage, die von der künftigen Nationalversammlung zu beantworten sei. Unter diesen Umständen war es klar, daß die Monarchisten im heftigsten Gegensatz zur U. S. P. und zum Spartakusbund stehen mußten; die Monarchisten waren aber auch raffiniert genug, den Rechtssozialisten gegenüber Freundschaft zu heucheln und so zu tun, als seien auch sie gewillt, sich freiwillig den diesbezüglichen Beschlüssen einer Nationalversammlung zu fügen.

General Maercker berichtet in seinem Buche: „Vom Kaiserheer zur Reichswehr" (1. Auflage, Seite 42), bereits am 6. Dezember 1918 habe er bei einer „Besprechung" von höheren Führern und Generalstabsoffizieren im erzbischöflichen Palast zu Paderborn den Gedanken gefaßt, aus seiner bisherigen Division eine freiwillige Truppe zu bilden. Am 12. Dezember 1918 legte er seinem vorgesetzten Kommandierenden General, Generalleutnant von Morgen, eine Denkschrift über die Bildung freiwilliger Truppen vor. Am 14. Dezember 1918 erließ Maercker den „Grundlegenden Befehl Nr. 1 für das Freiwillige Landesjägerkorps". Einen Vorschlag, seine Truppe auf die Regierung Ebert-Haase zu verpflichten, lehnte er nach seiner eigenen Bekundung (Seite 53) ausdrücklich ab. Auf Vorschlag Hindenburgs vom 17. Dezember 1918 verpflichteten sich die freiwilligen Truppen auf die „vorläufige Regierung des Reichskanzlers Ebert, bis durch Nationalversammlung die neue Reichsverfassung bestimmt ist". Nicht der republikanische Volksbeauftragte Ebert, sondern der kaiserliche Reichskanzler Ebert wurde von ihnen anerkannt.

Noch vor Weihnachten 1918 kam General Lequis nach Berlin um hier die militärische Macht der monarchistischen Offiziere wieder aufzurichten. Es gelang dies trotz seiner Kämpfe in den Weihnachtstagen nicht. Denn — so teilt Maercker mit —:

„Als vor den Weihnachstagen General Lequis vor Berlin lag, war der größte Teil seiner Mannschaften der Beeinflussung durch die Spartakisten erlegen. Nur die Gardekavallerie-Schützendivision (Anmerkung: Sie, die später den Mord an Liebknecht und Luxemburg durchführte, war also schon vor Weihnachten 1918 vor Berlin) hatte leidlich standgehalten."

Und er fährt fort:

„Diese Erfahrung suchte ich mir zunutze zu machen. Ich schaffte eine innere Front der Truppe gegen Spartakus .... Ich veranstaltete Aufklärungsvorträge von Rednern aller Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten."

Die Leute, die von den Monarchisten in den freiwilligen Truppen gesammelt wurden, wollten von Politik überhaupt nicht viel wissen. Maercker sagt:

„Spartakus muß eins aufs Dach kriegen! Das war ihr politisches Glaubensbekenntnis. Mit der Frage der Mittagskost und der Zigaretten, des Kinos und der Mädels und — dem Verlangen nach nicht allzuviel Dienst war ihr Neigungsbereich leider vielfach erschöpft."

Noch vor Weihnachten 1918 erhielt General Maercker den Befehl Hindenburgs, mit seiner Truppe Berlin zu besetzen. Maercker schreibt:

„Die O. H. L. (Oberste Heeresleitung) hatte auf Ersuchen der Reichsregierung die Ueberführung des Landesjägerkorps in Gegend Berlin befohlen und es dort der „Abteilung Lüttwitz" (Anmerkung: Lüttwitz ist ein Offizier aus der persönlichen Umgebung des ehemaligen Kronprinzen) unterstellt. Diese eigenartige Bezeichnung für eine Kommandobehörde mit den Aufgaben eines erweiterten Generalkommandos war gewählt worden, **um die Bedeutung der gegen Berlin geplanten Unternehmung zu verschleiern.** Etwas viel Ehre für die Berliner Aufrührer!"

In den Tagen vom 28. bis 31. Dezember 1918 (als eben die Unabhängigen aus dem Rate der Volksbeauftragten ausgetreten waren) führte Maercker seine Truppen nach Zossen. Er versuchte, die Truppen mit Gas- und Nebelgeschossen zu versehen, von denen er sich im Massenkampf Vorteile versprach. Das Generalkommando konnte jedoch nach seiner Angabe ihre Verwendung „oben" nicht durchdrücken. Wie intim sich die Beziehungen zwischen gewissen Rechtssozialisten und auch andern Freikorpsführern, die inzwischen mit ihren Truppen vor Berlin gekommen waren, gestaltet hatten, schildert Maercker wie folgt:

„**Schon in den ersten Januartagen** (1919) hatte im Generalstabsgebäude in Berlin eine Besprechung der Freikorpsführer **über die Einzelheiten des Einmarsches** stattgefunden, an der auch der soeben aus Kiel zurückgekehrte Noske teilgenommen hatte."

Nach Maerckers Mitteilung wäre es den Freikorpsführern zwar lieber gewesen, einen Offizier an ihre Spitze zu haben; sie hofften aber, „daß die Befehlshaberschaft Noskes der damals noch recht schwachen Freiwilligentruppe mannigfache Schwierigkeiten aus dem Wege räumen würde, indem sie verhinderte, daß sich auch die Mehrheitssozialisten der Truppe feindlich gegenüberstellten, — eine Hoffnung, die sich freilich nicht immer als berechtigt zeigte." Für die Regel hat sie sich aber doch als berechtigt herausgestellt.

Nachdem so alle militärischen Vorbereitungen getroffen waren — nach Maerckers Bekundungen haben sich Ebert und Noske am 4. Januar 1919 im Lager von Zossen überzeugt, daß alles aufs beste vorbereitet war — konnte der Kampf beginnen. Man provozierte einen gewaltsamen Konflikt mit der Berliner Arbeiterschaft durch die Absetzung des Polizeipräsidenten Eichhorn, die die monarchistischen Offiziere mit ihren Truppen militärisch durchführten. **Das war der „Januarputsch"** — eine militärische Offensive der Antirepublikaner. Die infolgedessen geschehene Besetzung der Zeitungsgebäude durch Unabhängige Arbeiter und Spartakusbündler am 5. Januar 1919 war ein militärischer Unsinn, der wahrscheinlich von monarchistischen Spitzeln verursacht worden ist, um Gelegenheit zu schaffen, das Proletariat militärisch zu packen. Im übrigen waren die Berliner Arbeiter in der Defensive. Das geben auch Scheidemann und Noske zu. Scheidemann schreibt z. B.: „Den Montag (6. Januar 1919) über haben unsere unbewaffneten Parteigenossen mit ihren Leibern wie ein Wall die Wilhelmstraße (die Reichskanzlei) geschützt." Nun, wenn die Unabhängigen und Spartakusbündler auch nur ein Maschinengewehr hätten arbeiten lassen, so wären sicher alle unbewaffneten Leiber ausgerückt. Scheidemann sagt zwar durchaus glaubwürdig, daß er sich „in der Reichskanzlei unter ewigem Maschinengewehrschießen, unterbrochen von den Detonationen der Handgranaten" aufgehalten habe, aber diese Schießerei hat Maercker auch für diejenigen aufgeklärt, die sich über ihren wahren Charakter noch unklar waren. Unter Noskes Oberbefehl zogen General von Wissel, Kommandeur der 31. Infanterie-Division, General von Roeder, Kommandeur des Landesschützenkorps, General Maercker, Kommandeur des Landesjägerkorps, Generalleutnant v. Hofmann, Kommandeur der Gardekavallerie-Schützen-Division, General v. Hülsen, Kommandeur des Freikorps Hülsen, General v. Held, Kommandeur der 17. Infanterie-Division, mit ihren Truppen in Berlin ein.

Nach Abschluß der Spartakuswoche ließen die monarchistischen Offiziere auch den Rechtssozialisten gegenüber ihre Maske etwas fallen. Noske hat freilich selbst diese Situation nicht begriffen. Die Offiziere entfachten jetzt dieselbe Hetze, die sie gegen die Spartakisten betrieben hatten, gegen die bewaffneten rechtssozialistischen Arbeiter und Soldaten. Maercker schrieb am 25. Januar 1919 an das Generalkommando Lüttwitz, diese rechtssozialistischen Wehren seien eine „ebenso große Gefahr, als es die Spartakisten" waren, ja, sie würden von „einem großen Teil der Bevölkerung mehr gefürchtet als die Spartakisten". Schließlich provozierten die monarchistischen Offiziere im März 1919 in noch frecherer Weise als im Januar den Kampf mit den noch vorhandenen Wehren, um endlich im alleinigen und vollen Besitz der militärischen Macht zu sein. Der blinde Noske immer als Schrittmacher vorne weg.

Ueber den wirklichen Verlauf der Spartakuswoche im Januar 1919 macht General Maercker folgende Mitteilungen, die an sich nichts neues bringen:

„Als ich am 15. Januar in Berlin einrückte, tobte noch Nacht für Nacht das Maschinengewehrfeuer von den Hausdächern der

Die Räumung Oberschlesiens

Ultimative Antwort

DA. Oppeln, 25. Juni.

Heute morgen um ½2 Uhr ist die Antwort auf das deutsche Angebot betr. die Räumung Oberschlesiens in Form eines ultimativen Schreibens, das unterschriftlich vollzogen zurückerwartet wird, eingegangen. Nach diesem Schreiben haben die Polen bis zum 30. d. Mts. das Gebiet zu räumen, das etwa von einer Linie begrenzt ist, wie sie von den Deutschen vorgeschlagen wurde. Diese Linie läuft hart östlich Hindenburg vorbei. Sie hat jedoch eine Aenderung dadurch erfahren, daß Peiskretscham, dessen Bahnhof die Polen angeblich gebrauchen, ihnen überlassen werden soll. Auf deutscher Seite hat die Räumung derart zu erfolgen, daß die deutschen Formationen den Nordteil bis in das Gebiet nordwestlich Kreuzburg und den Südteil des Selbstschutzes bis in die Gegend von Leobschütz bis zum 2. Juli zurückziehen müssen.

Die Auflösung der Einwohnerwehren

Wie „Ufd. Tel." meldet, ist die Verordnung der Reichsregierung zur Auflösung der Einwohnerwehren gestern abend nach München abgesandt worden. Sie wird voraussichtlich Sonntag früh in den Zeitungen veröffentlicht werden.

Der griechisch-türkische Konflikt

Paris, 25. Juni.

Havas meldet aus Angora: Die kemalitische Regierung hat Telegramme von Bekir Sami Bei, der sich augenblicklich in Rom befindet, erhalten, daß die großen alliierten Mächte sich mit der Absicht tragen, den griechisch-türkischen Konflikt auf dem Vermittlungswege zu regeln. Die Nationalversammlung ist unverzüglich einberufen worden.

Im Verlaufe der Besprechung der augenblicklichen Lage erklärt der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, daß gewisse Anzeichen darauf hinweisen, **daß die Griechen geneigt seien, sich mit einer freundschaftlichen Lösung der anatolischen Frage einverstanden zu erklären.** Der Minister bemerkt dazu, für den Fall, daß die hellenische Regierung offiziell freundschaftliche Absichten zu erkennen gebe, dürfe man zur Zeit nicht achtlos daran vorbeigehen. Bei der Erwähnung des Eingreifens der Verbandsmächte erklärte der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, daß die Regierung von Angora in gewissem Maße die in London unterzeichneten Abkommen beachten wird. Angesichts der Tatsache jedoch, daß die erste kemalitische Abordnung in London keinerlei Verpflichtungen in bezug auf Smyrna und Thrazien übernommen hat, **sei es ganz ausgeschlossen, eine Lösung anzunehmen, welche die Unversehrtheit der Türkei in nationaler Hinsicht nicht durchaus sicherstellt.** Der Redner erklärte zum Schluß, daß der Schritt der Verbandsmächte ganz ausgezeichnete Ergebnisse zeitigen könne, aber nur unter der Bedingung, daß bei den Verhandlungen der Geist wahrer Versöhnlichkeit walte.

Paris, 25. Juni.

Im Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte der ehemalige Ministerpräsident Leygues, als er Ministerpräsident gewesen sei und sich mit dem Vertrag von Sevres zu beschäftigen gehabt habe, seien Lloyd George und er über die Abänderung des Vertrages einig gewesen. Ministerpräsident Briand antwortete, daß er von diesem Abkommen nichts wisse, da sich keine Aufzeichnungen darüber am Qua d'Orsay befänden. Leygues hielt seine Behauptung aufrecht, wonach Briand vorschlug, sofort Lloyd George selbst darüber zu befragen.

Kundgebung für den Völkerbund

London, 25. Juni.

Heute nachmittag findet im Hydepark eine große, von der Völkerbundsunion veranstaltete **Kundgebung zur Unterstützung des Völkerbundes** statt. Acht Prozessionen, an denen Hunderte von Vertretern fremder Länder in ihren Nationalkostümen teilnehmen, werden nach dem Hydepark gehen. Von den Rednertribünen im Park werden Reden in 17 Sprachen zugunsten des Bundes gehalten werden. Auch in den übrigen Teilen des Landes werden von 550 Zweigstellen der Völkerbundsunion Kundgebungen zugunsten des Bundes veranstaltet. Der Vorsitzende der Union, Lord Grey, veröffentlicht eine Erklärung, in der die Notwendigkeit der Beibehaltung des Bundes betont wird als wesentliches Werkzeug zur Wahrung des Weltfriedens. Auf dem Essen der Völkerbundsunion, das am Mittwoch Abend unter dem Vorsitz Lord Greys stattfindet, werden General Smuts und Lord Robert Cecil Reden halten.

Die spanischen Gewerkschaften gegen Moskau

Die mächtige asturische Bergarbeitergewerkschaft, sowie die Graphische Gewerkschaft haben mit einer großen Mehrheit **die Beibehaltung der bisherigen Taktik beschlossen.** Auch der Kongreß der Eisenbahner hat **mit 5853 gegen 1720 Stimmen den Anschluß an die Moskauer Gewerkschaftsinternationale abgelehnt.** Es zeigt sich also, daß die Bemühungen der Kommunisten, die Gewerkschaften zu erobern, auch in Spanien durchaus gescheitert sind. Die entscheidenden Berufszweige gehen mit der Ablehnung der Moskauer Methoden voran, womit der ganzen zersetzenden Bewegung in Spanien der Boden entzogen sein dürfte. Dabei war in den sehr stark anarchistisch-syndikalistisch orientierten Gewerkschaften Spaniens noch am ehesten Aussicht auf einen Erfolg der Moskauer Sendboten vorhanden.

Friedrich- und Dorotheenstadt, am Belle-Alliance-Platz, im Askanischen Viertel und am Karlsplatz. Am 16. erklärte ich den Vertrauensleuten der (Anmerkung: rechtssozialistischen) Wehren meine Ueberzeugung, daß das Schießen nicht von Spartakisten, sondern von Mannschaften der Wehren herrühre; daß es teils Angstschießen, teils Wichtigtuerei sei, ja, daß ich sogar den Verdacht hätte, daß die Posten nur schössen, um damit die Notwendigkeit des Bestehens der Wehren darzutun. (Revolutionsgewinnler!) Mein Schießverbot bewirkte, daß in der Friedrich- und Dorotheenstadt seitdem kaum noch ein Schuß gefallen ist. Bald hörte auch das Schießen am Belle-Alliance-Platz und am Karlsplatz auf, ebenso am Anhalter Bahnhofe, nachdem Oberst v. Frankenberg die Bahnhofswache ernsthaft zur Ruhe ermahnt hat. Dort hatte z. B. ein Matrose eine Landesjägerpatrouille gebeten, bei einer evtl. Schießerei nicht wieder zu schießen, „da ein Angriff auf das Bahnhofsgebäude fingiert werden solle".

Tatsächlich ist also die Berliner Bevölkerung 10 Tage lang durch gewissenlose Elemente der freiwilligen Wehren in Angst und Schrecken versetzt worden."

Das letztere stimmt; diese „gewissenlosen Elemente" waren aber, wie ich aus eigener Wissenschaft zu bekunden vermag, mindestens zum Teil verkleidete Offiziere.

Nach alledem ist also offenkundig: der „Januarputsch 1919" war kein militärischer Angriff, der von Unabhängigen oder Kommunisten ausging, sondern ein von monarchistischen Offizieren wohlvorbereiteter Krieg, um das Proletariat und die Republik zu treffen. Damit ist die Legende widerlegt, als habe Noske infolge des Januarputsches zur „Rettung des Vaterlandes" die Offiziere rufen und die Reichswehr bilden müssen. Nein, die monarchistischen Offiziere hatten längst alle Vorbereitungen getroffen und sich zum Schluß ihren Noske geholt.

Nur indem sich das Proletariat über vergangene Dinge klar wird, kann es den Weg zu künftigem einigen Handeln finden und verhindern, daß es dauernd von seinen gemeinsamen Feinden gegeneinander gehetzt wird.

Dem Verdienste seine Krone

Wir haben vor einigen Tagen mitgeteilt, daß die Zentrale der V. K. P. D. sich mit dem Fall Brandler eingehend beschäftigt und den Beschluß gefaßt hat, ihrem Vorsitzenden wegen seines Verhaltens vor Gericht eine scharfe Rüge zu erteilen. Um aber den Seelenfrieden der Parteimitglieder nicht zu stören, sollte dieser Beschluß der Zentrale nicht veröffentlicht werden. Erst durch unsere Mitteilung konnten die Mitglieder der V. K. P. D. erfahren, was in einer so wichtigen Angelegenheit von ihrer Leitung beschlossen worden ist.

Jetzt, nach Ablauf mehrerer Tage, meldet sich die „Rote Fahne" in ihrer Freitagausgabe zu dieser Angelegenheit. Die Zentrale der V. K. P. D., schreibt sie, habe zur Verurteilung Brandlers allerdings Stellung genommen und beschlossen, das Material über den Prozeß Brandler zu veröffentlichen, um „den eigenen Parteigenossen Gelegenheit zu geben, sich über die Haltung Brandlers vor Gericht auf Grund des stenographischen Protokolls eingehend zu unterrichten, und um den menschewistischen und levitischen Kritikern die Haltlosigkeit ihrer Beweisführungen nachzuweisen". Kein Wort über die an Brandler erteilte scharfe Rüge, kein Wort über die Geheimhaltung dieses Beschlusses! Wozu auch auf solche Kleinigkeiten eingehen: die Parteimitgliedschaft wird auch diese Bevormundung schlucken.

Als Trost im Unglück erscheint in der nächsten Nummer der „Roten Fahne" die Mitteilung aus Moskau, daß Brandler zum Ehrenvorsitzenden des Kongresses der 3. Internationale gewählt worden ist. Derselbe Brandler, der vor Gericht die gesamte Praxis der deutschen Kommunisten preisgegeben hat, und deshalb von seiner eigenen Parteileitung gebrandmarkt worden ist, ist nun Ehrenvorsitzender des Kongresses der „zielklaren", „konsequenten", „revolutionären", kommunistischen Internationale! Es ist schwer, darüber keine Satire zu schreiben.

*

Ebenso fordert es geradezu zu einer Satire heraus, wenn in dem Artikel, den die „Rote Fahne" in ihrer Freitagausgabe an leitender Stelle über das Grubenunglück in Mont Cenis veröffentlicht, zum Schluß die „sofortige Sozialisierung des Bergbaues" gefordert wird. Monatelang hat die Kommunistische Partei in der infamsten Weise die Aktion der Unabhängigen Sozialdemokratie für die Sozialisierung des Bergbaues sabotiert und dazu beigetragen, daß diese Aktion nicht jenen Erfolg gehabt hat, den sie bei einem geschlossenen Vorgehen der Arbeiterschaft hätte haben können. Nun aber nimmt die „Rote Fahne" die Parole der Sozialisierung des Bergbaues auf, die sie monatelang mit Dreck beworfen hat. Gibt es noch ein krasseres Beispiel für die Konfusion und Gewissenlosigkeit der kommunistischen Parolenschmiede?

Der Mord bei der Schupo

Der von uns gemeldete Fall des Oberwachtmeisters Buchholz in Charlottenburg, der angeblich Selbstmord beging, in Wirklichkeit aber ermordet sein dürfte, zieht immer weitere Kreise. Der amtliche preußische Pressedienst hat allerdings versucht, durch eine offizielle Erklärung die vorgebrachten Anklagen zu entkräften, und die peinliche Angelegenheit aus der Welt zu schaffen, wie aber der „Vorwärts" mitteilt, sind diese offiziellen Meldungen über den Novembervorfall bei der Z. B. V. (Hunderschaft zur besonderen Verwendung) von Anfang bis zu Ende unrichtig. Vor allem sei Hauptmann Stennes, den der amtliche Pressedienst zu entlasten gesucht hat, bei der Meuterei nicht abwesend gewesen, sondern er führte die Hundertschaft und wurde auf die Mitteilung von der Waffensuche hin in einem Auto hinzugeführt. Es war eine reguläre Meuterei, deren Teilnehmer jedoch größtenteils heute noch im Dienst sind.

Noch wichtiger jedoch sind die Angaben, die dem „Vorwärts" von zuverlässiger Seite über den Fall Buchholz gemacht werden. Die Revision der von Buchholz verwalteten Kasse hat kein Defizit ergeben, so daß die Hypothese eines Selbstmordes wegen begangener Unterschlagung fortfällt. In Wirklichkeit verhielten sich die Dinge so, daß Buchholz kurz vor seinem Tode mit einer eingehenden Aufstellung über den Verbleib der von ihm verwalteten Gelder beschäftigt war, bei der es ans Tageslicht kommen mußte, daß er auf Geheiß seiner Vorgesetzten bis in die Tausende gehende Beträge an „Zivilangestellte", d. h. an Spitzel, gezahlt hat. Kurz vor seinem Tod hat Buchholz Kameraden gegenüber geäußert: „Der Stein ist jetzt im Rollen. Jetzt werden die Puppen bald tanzen." Es bestand also für die Leiter der Z. B. V., die nichts weiter ist als eine Fortsetzung der berüchtigten Kraftfahrstaffel Kessel, die Gefahr, daß ihre systematisch betriebene Spitzeltätigkeit dokumentarisch nachgewiesen werden würde. Deshalb mußte Buchholz beseitigt werden. Die militaristische Spitzelkloake betätigte sich wiederum, wie zur Zeit Kessels, als Mörderzentrale.

Es ist nicht anzunehmen, daß die jetzt im Gange befindliche Untersuchung andere Ergebnisse zeitigen würde, als eine Vertuschung der Wahrheit und eine Entlastung der eigentlichen Schuldigen. Denn nach einer bestehenden Verfügung ist die Kriminalpolizei von der Untersuchung dieses, wie aller ähnlichen Fälle ausgeschlossen, die nur durch die betreffende Abteilung selbst erledigt werden darf. Die eigentlich Schuldigen brauchen also keine Angst vor der Untersuchung zu haben, denn eine Krähe hackt der anderen die Augen nicht aus.

Die Stinnesierung der öffentlichen Meinung

Die Parlamentsberichterstattung ist seit je das Schmerzenskind der sozialistischen Presse. Lange Zeit war die ganze sozialistische Presse von der bürgerlichen Berichterstattung abhängig, und erst seit nicht allzu langer Zeit besitzt unsere Partei einen eigenen Parlamentspressedienst. Wie ungeheuer wichtig diese Einrichtung ist, geht daraus hervor, daß ein großer Teil, wenn nicht der größte, des parlamentarischen Berichterstattungsdienstes in die Hände von Herrn Stinnes übergegangen ist. Herr Stinnes hat das ehemalige Becklersche Parlamentsberichterstattungsbureau, ebenso wie das Bureau Gutmann aufgekauft und der Telegraphen-Union einverleibt. Da diese beiden Bureaus den größten Teil der deutschen Presse mit ihren Parlamentsberichten versorgen, so ist es also in das Belieben der Stinnes-Söldner gestellt, die bürgerliche Presse über die Vorgänge im Parlament so zu unterrichten, wie es den Interessen ihres hohen Prinzipals jeweils angemessen erscheint. Diese Tatsache beweist aufs neue die große Gefahr der Stinnesierung der öffentlichen Meinung. Selbst in der bürgerlichen Presse beginnen Stimmen hörbar zu werden, die über die Ungeheuerlichkeit der Korruption der Presse empört sind. Bisher ist es aber bei den vereinzelten Stimmen geblieben, und die zuständigen Organisationen haben bisher noch kein Wort zu dieser Beschimpfung ihrer Berufsehre gesagt.

Die Lügen der bayrischen Regierung

Auf eine Anfrage der Unabhängigen Sozialdemokratie im bayrischen Landtag wegen der Duldung des russischen Monarchistenkongresses in Reichenhall zu Anfang Juni teilte der Vertreter der bayrischen Regierung mit, daß es sich bei dem Kongreß um die Behandlung rein wirtschaftlicher Fragen handelte. Ein Anlaß zum Einschreiten sei daher nicht gegeben gewesen.

Wie nun aber, nach Angabe der „Post", die in Belgrad erscheinende reaktionäre russische Zeitung „Novoze Wremja" mitteilt, ist auf dem Monarchistenkongreß in Reichenhall eine Resolution angenommen worden, in der erklärt wird, daß die Aufrichtung eines starken und freien Rußland nur auf dem Wege der Wiederherstellung einer Monarchie aus dem Hause Romanow möglich sei. So sehen die „wirtschaftlichen Fragen" aus, die nach der Erklärung der bayrischen Regierung auf dem Monarchistenkongreß in Reichenhall behandelt worden sind!

Die Schandregierung Kahr gibt den russischen Pogromisten und Monarchisten nicht nur die Möglichkeit, den monarchistischen Umsturz vorzubereiten, sie deckt auch mit allen Mitteln die verschwörerische Tätigkeit ihrer russischen Gesinnungsfreunde, indem sie mit eiserner Stirn vor dem Parlament Erklärungen abgibt, die von Anfang bis zu Ende erlogen sind.

Die Lage im englischen Kohlenstreik

UT. London, 24. Juni.

Die englischen Blätter sprechen sich ziemlich optimistisch hinsichtlich der Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks aus. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter ist heute abend zusammengetreten, um über die von den andern Gewerkschaften hinsichtlich der Sympathieaktion erteilte Antwort zu beraten. Alles deute darauf hin, daß dieser Versuch, einen Generalstreik herbeizuführen, ein ebenso völliger Fehlschlag ist, wie es im ersten Stadium des Kohlenstreikes der Versuch war, den Gewerkschaftsdreibund in einen Generalstreik hineinzuziehen. Deswegen ist es wahrscheinlich, daß in der heutigen Sitzung des Vollzugsausschusses die für morgen angesetzte Konferenz mit den anderen Gewerkschaften abgesagt wird. Nach der Meinung des „Evening Standard" erscheint eine dramatische Wendung der Situation möglich. Die Ratschläge politischer Arbeiterführer wie Clynes und Henderson, die in Privatunterhaltungen mit den Bergarbeiterführern während des Parteitages in Brighton erteilt wurden, sollen im Sinne der Mäßigung gewirkt haben. Im Unterhause erklärte Sir Robert Hornes heute abend, es **seien neue Aussichten auf eine baldige Beendigung der Kohlenkrise vorhanden.** Nach zwölfwöchentlicher Dauer der Kohlenkrise sei man heute an einem kritischen Punkte angelangt, doch scheine sich gerade heute eine Aussicht auf Beendigung des Streikes zu bieten. Augenblicklich seien Bemühungen zur Herbeiführung eines Ausgleichs im Gange. Er könne nicht sagen, daß die Regierung eingreife, auch nicht, daß gegenwärtig Unterhandlungen stattfänden, aber Gelegenheiten zur Anknüpfung von Unterhandlungen hätten sich geboten, von denen er vollen Gebrauch machen würde.

Richtigstellung. In der heutigen Morgenausgabe befindet sich unter der Ueberschrift „Ludendorffs Hoffnung" eine Notiz, die einen sinnstörenden Druckfehler enthält. Es muß in bezug auf den Generalobersten von Heeringen heißen, daß er vor einigen Tagen erst ein offenes Bekenntnis zur Monarchie abgelegt habe, also nicht zur Republik, wie es in der Notiz heißt.

Die Arbeiten der Reparationskommission. Havas zufolge hat sich die Reparationskommission in ihrer Sitzung vom Freitag mit der Ausführung des Artikels 156 des Versailler Vertrages bezüglich der in der Provinz Schantung befindlichen deutschen Güter befaßt. Sie hat ferner sich mit der Zurückzahlung der Neuseeland durch die Besetzung von Samoa erwachsenen Ausgaben beschäftigt und hat endlich auf Grund des Artikels 134 des Friedensvertrages den Wert des deutschen staatlichen Eigentums in dem britischen Konzessionsgebiet von Shameen in Canton auf 469668 Goldmark festgesetzt.

Der Ursprung der Ehe

Von **Paul Krische**

Mit einem Schlußwort von Dr. Ed. **Erkes**

Gegen meine Darlegungen über den gegenwärtigen Stand des Problems vom Ursprung der Ehe in der Nr. 128 der „Freiheit" hat Dr. Eduard Erkes in der Nr. 228 eine Entgegnung veröffentlicht, in welcher er die Lehre von der urzeitlichen Promiscuität (Geschlechtsvermischung) aufrechterhält und den Standpunkt der Ursprünglichkeit der Ehe für unmarxistisch erklärt.

Ich muß hier auf die Erklärung von Dr. Erkes kurz eingehen, da sie meinen Standpunkt mißverständlich wiedergibt. Mit keinem Wort bin ich für das Bestehen der Urmonogamie, d. h. der Ureinehe eingetreten, noch nicht einmal für irgendeine ursprüngliche dauernde Form der Ehe. Ich betonte vielmehr in erster Linie, daß die heute durchweg in sozialistischen Kreisen aus Engels Wiedergabe bekannte Promiscuitätstheorie von Morgan durch neue Forschungen überholt ist und suchte zu einer Beachtung der neueren Arbeiten anzuregen.

Ich sehe allerdings den wichtigsten Beweisgrund für die Ursprünglichkeit der Ehe in der Beobachtung des Lebens der höher entwickelten Tiere, die, wie ich bereits hervorhob, durchweg die Einrichtung der Ehe zeigen. Dr. Erkes bestreitet die Ehe bei Herdentieren. Das Gegenteil berichten die Beobachter von fast allen Herdentieren. (Pavianen, Hirschen usw.) Dr. Erkes bestreitet die Eifersucht bei den Herdentieren, „da ein solches unsoziales Gefühl den Bestand der Herde gefährde". Die wilden Eifersuchtskämpfe der Hirsche, Hengste, Büffel, Gemsböcke usw., aller Hühnervögel, beweisen das Gegenteil. Bei allen Herdentieren beobachtet man, daß sich zur Zeit der Brunst oder später innerhalb der Herde einzelne Unterabteilungen bilden, die aus einem Männchen und einem oder mehrere Weibchen bestehen, also eine Ehe bilden, eine Gemeinschaft, die bis zur Geburt des Nachkömmlings besteht, bisweilen noch darüber hinaus.

Mein Standpunkt, der sich hauptsächlich auf einer Beobachtung des Lebens der höheren Tiere gründet, ist also der, daß in den Herden des Urmenschen sich bereits kürzer oder länger dauernde Ehe und Familiengruppen bildeten und daß niemals die von Morgan konstruierte allgemeine Geschlechtsvermischung in den Urmenschenhorden bestand, weil diese weder bei den höheren Tieren noch bei den primitivsten Naturvölkern überhaupt zu finden ist. Ob man diese ursprünglichen und primitiven Bindungen innerhalb der Herden und Horden wie Müller-Lyer als Syndasmie (Bindung) bezeichnet oder als Ehe, erscheint mir als Wortspiel, ich sehe in diesen Bindungen eben die ersten Formen der Ehe und Familie. Ehe als Liebesbund ist selbstverständlich erst eine sehr späte Entwicklungsstufe, die durchweg heute noch eine Ausnahmeerscheinung ist und die erst eine sozialistische Epoche zum Durchschnittstypus erheben wird. Wenn ich zugleich in meinem Aufsatz gegen die gleichfalls in sozialistischen Kreisen verbreitete Illusion vom paradiesischen Leben der kommunistischen Urzeit aufgetreten bin, so geschah dies deshalb, weil bei der Behandlung der Probleme des Urmenschen, gerade diese irrtümliche Ansicht gern vertreten wird. Nicht nur Kolonialpolitiker, Missionare und verwandte Geister, zu denen ich scheinbar gerechnet werde, vertreten die Lehre vom Jammerdasein des Wilden im Gegensatz zu der Lehre Rousseaus, sondern diejenigen, deren Urteil in erster Linie maßgebend sein muß, d. h. die Vertreter der wissenschaftlichen Völkerkunde, die an Ort und Stelle ihre eigene Beobachtung gemacht haben.

Uebrigens ist die sentimentale Verherrlichung einer paradiesischen kommunistischen Urzeit unmarxistisch, da sie ja die Entwicklung verneint. Gegenüber der kommunistischen Urzeit ist nach Marx selbst die Barbarei mit ihrer Sklavenarbeit eine höhere Stufe der Entwicklung. Ueber die Barbarei erhebt sich als weitere notwendige Entwicklungsform die Zivilisation mit dem Kapitalismus. Dagegen vertritt im Gegensatz zu Marx der Anarchismus die Auffassung, daß die Menschheit zum vollen Glück gelangt, wenn sie in den kommunistisch-anarchistischen Ur- und Naturzustand wieder zurückkehrt.

* * *

Zur Replik des Genossen Krische macht Genosse Erkes folgende Schlußbemerkungen:

1. Sein Aufsatz war allerdings nicht anders zu verstehen, als ein Eintreten für die Urmonogamie, namentlich die Berufung auf Westermarck und Wundt zwang direkt zu dieser Annahme. Will er das nicht, so werden seine Ausführungen eigentlich gegenstandslos. Seine weiteren Bemerkungen und die aus dem Tierreich angezogenen Parallelen zeigen aber, daß er tatsächlich doch auf diesem Standpunkt steht. Und dagegen sprechen eben die in meinem Aufsatz angeführten Gründe, auf die Genosse Krische nicht eingegangen ist.

2. Das vorübergehende Zusammenleben einzelner Paare unter Herdentieren erklärt sich aus dem Bestehen einer Brunstzeit, die aber für den Urmenschen nicht anzunehmen ist, weil sie schon bei den Affen nicht mehr existiert. Aus diesen Verhältnissen läßt sich also nicht auf das Leben des primitiven Menschen schließen.

3. Die Kämpfe um die Weibchen zur Brunstzeit beweisen nichts für die Existenz der Eifersucht bei Herdentieren. Sie sind Begleiterscheinungen eines Ausnahmezustandes nicht Aeußerungen eines dauernd vorhandenen Gefühls. Als solches kann Eifersucht unter Herdentieren nicht existieren.

4. Daß Vertreter der wissenschaftlichen Völkerkunde dem Wilden ein Höllendasein zuschrieben, muß ich als Ethnologe entschieden bestreiten; wenigstens sind mir derlei Aeußerungen bisher nur bei Vertretern der genannten Interessenkreise begegnet. Daß die kulturelle Fortentwicklung sich mit Notwendigkeit vollzieht, spricht durchaus nicht dagegen, daß sie das Glück des Einzelwesens und der Gesamtheit sehr oft vermindert.

Ein Hölz unter den Hohenzollern

Es ist alles schon dagewesen. Auch ein Hölz. Sogar einer aus dem „erlauchten" Stamme der Hohenzollern. Es sind allerdings bald 400 Jahre her seit seinem Wirken. Das menschliche Gedächtnis ist schwach, noch schwächer, wenn es sich um Schandtaten fürstlicher Personen handelt. So sei denn dem Hölz, der Tagesgespräch ist, sein fürstlicher Vorgänger an die Seite gestellt. Er stellt Hölz in den Schatten. Und ist auch sonst in jeder Beziehung unsympathischer.

Der Krieg war sein Element. Im Frieden stöhnte er: „Es ist aller Krieg abgestorben. Gott erbarms." Der Passauer Friede war 1552 geschlossen. Dem Markgrafen Albrecht von Brandenburg-Kulmbach, der, von Schulden bedrängt, im Kriege sein Glück zu machen gehofft hatte, behagte er nicht. So zog er denn mit tausenden von Kampf-, Mord- und Raubgenossen durch die Gaue des Mains. Er plünderte und brandschatzte die Bischöfe von Bamberg und Würzburg. Auf die „Pfaffen und Pfeffersäcke" war der Hohenzoller schlecht zu sprechen. Er wollte ihnen „weidlich ins Maul greifen". Der „tapfere" Bischof von Mainz versenkte angesichts des hohenzollerschen Terrors sein schweres Geschütz in den Rhein. Aber diese friedfertige Gesinnung schützte ihn nicht vor dem „Auskauben" Albrechts. In Trier wunderte man sich, daß nach seinem Abzug das Blei auf den Dächern noch geblieben war. (Hölz, du bist ein Engel dagegen!) Bezold sagt in seiner Geschichte der Reformation, daß das Verzeichnis der von Albrecht zerstörten Städte, Dörfer, Flecken, Schlösser und Klöster den Vergleich mit den Brandstätten vom großen Bauernkrieg des Jahres 1525 nicht zu scheuen brauche. Er zählt im Würzburgischen 300 zerstörte Plätze. Vor Ulm waren es nach demselben „100 halb oder ganz zerstörte Ortschaften". „Vor Nürnberg sanken 2 kleine Städte, 3 Klöster, über 90 Schlösser und Herrensitze, 17 Kirchen, 170 Flecken und Dörfer in Asche." Schamlos waren seine Erpressungen. Bezold verzeichnet 80 000 Gulden, die der Bamberger Bischof zahlte, 220 000 Gulden zahlte der von Würzburg „auf den bloßen Schrecken hin", außer den 350 000 Gulden, die er dem Markgrafen an Schulden abnahm. Die Stadt Nürnberg zahlte 200 000 Gulden. Seine Gesamteinnahme in 2 Monaten berechnet Bezold auf 870 000 Gulden. Hölz, kommst du da mit? Auf seine Kunst im Niederbrennen tat er sich besonders zugute, „so er ein Feuer anmache, da könne man leicht die Reste mit dem Besen zusammenkehren."

Schon seine Gestalt flößte Schrecken ein Das Gesicht hatte er

Ein musterhafter Etat

Für das gesamte preußische Polizeiwesen werden im laufenden Etatsjahr etwas mehr wie drei Milliarden Mark angefordert. Das ist eine ungeheure Summe, wenn man bedenkt, daß die Reichswehr, die letzten Endes doch auch zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung dienen soll, während des gleichen Zeitraums 5 Milliarden Mark für sich beansprucht hat. Eine so riesenhafte Summe, lediglich für die Zwecke der Polizei beansprucht, steht in krassem Gegensatz zu den Ausgaben, die für kulturelle Zwecke bereitgestellt sind. Sie wirkt geradezu wie ein Hohn auf unser trostloses Finanzwesen. Sie ist aufreizend vor allem deshalb, weil angesichts dieser Finanzlage der preußische Ministerpräsident in seiner Antrittsrede das Bekenntnis ablegte, für Wohlfahrtszwecke könnte in Zukunft kaum noch etwas ausgegeben werden. Je größer das Elend, desto mehr Soldaten! Das scheint der Sinn der Politik zu sein, die die gegenwärtigen Machthaber in Preußen betreiben.

Leider stößt der Polizeietat mit seinen ungeheuren Ausgaben im Hauptausschuß des Preußischen Landtags nahezu auf keinen Widerspruch. Und doch müßte schon die ganze Anlage dieses Etats dazu herausfordern. Denn dieser Etat ist in einer Weise angelegt, daß schluderhaft noch ein gelinder Ausdruck ist. Die Ausgaben für die Besoldung der Schutzpolizei sind nur in einer generellen Endsumme vermerkt. Die Ausgaben für die verschiedenen Beamtenklassen sind nicht getrennt aufgeführt, so daß eine tagelange Arbeit dazu gehören würde, um ein genaues Ergebnis darüber zu erzielen, welche Summen für die Beamten im Offiziersrang und für die Beamten im Mannschaftsrang beansprucht werden. Das Offizierselement ist in der Schutzpolizei, nicht zum Segen der Bevölkerung und natürlich auch nicht zum Segen der unteren Beamten, viel zu stark vertreten. Es ist ja bekannt, daß auch die Schutzpolizei für viele Offiziere lediglich als Versorgungsamt in Frage kommt. Dieses krasse Mißverhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften ist es wohl auch, was die preußische Regierung veranlaßt hat, den Etat zu verdunkeln. Vor Sachverständigen kann ein solcher Etat jedenfalls nicht bestehen. Der Staatsrat hat sich ja nur flüchtig mit ihm befassen können. Wir glauben, daß der Etat sonst wohl kaum die Prüfung vor dieser Körperschaft bestanden hätte.

Nachdem sich der Hauptausschuß tagelang in end- und uferlosen Debatten mit der Personalpolitik beschäftigt hatte, hat er nunmehr keine Zeit mehr, um den Etat für das Polizeiwesen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Während der ganzen bisherigen Beratungen schien es manchmal so, als beschränke sich die ganze Sorge des preußischen Volkes lediglich auf seine Landräte. Nachdem schon während der Generaldebatte das Landratsthema dermaßen erschöpft war, daß kaum noch etwas Neues gesagt werden konnte, sprachen am Freitag bei der Spezialdebatte, Kapitel Landräte, noch einmal sage und schreibe 22 Redner über die Landratsfrage! Der Etat der Schutzpolizei hingegen soll durchgepeitscht werden.

Mit einer derartigen oberflächlichen Behandlung eines so wichtigen Postens setzt sich das Parlament vor der Oeffentlichkeit und vor seinen Wählern selbst herab. Unser Standpunkt zur Schutzpolizei und zur Polizei überhaupt ist bekannt. Den Militarisierungstendenzen kann nur entgegengearbeitet werden durch die Kommunalisierung der Polizei. In ihrer heutigen Gestalt ist die grüne Polizei nichts weiter als eine Reichswehr Nr. 2. Wir können weder einer solchen Institution noch einem derartigen Etat unsere Zustimmung geben. Das war der Standpunkt, den der Vertreter unserer Fraktion bei der Beratung am Freitag zum Ausdruck brachte.

Die Stange

Die „Rote Fahne" treibt ihre eigene Gesinnungsroheit und Verlegenheit auf die Spitze, indem sie die tieftraurigen Vorgänge im Gewerkschaftshaus wie einen beliebigen Ulk behandelt. Mit ihrer Behauptung, Sabath habe mit einer Eisenstange auf die Erwerbslosen eingeschlagen, in die Enge getrieben, verfiel sie auf den dummen Kniff, „**Beweismaterial zu fabrizieren**". Sie zeigt sich auch darin als gelehrige Nachahmerin von Spitzelmethoden. Am Mittwoch schrieb sie: „Vor uns liegt die Eisenstange, mit der Sabath zugeschlagen hat", und am Donnerstag brachte sie die Eisenstange bereits im Bilde. Nicht etwa eine photographische Reproduktion, sondern eine Strichzeichnung. Aber selbst diese Strichzeichnung kann nicht verbergen, welcher Art diese Eisenstange war. Es handelt sich um den Draht eines Zeitungshalters.

„Das ist die Stange, mit der Sabath auf hungernde Arbeitslose eingedroschen hat", setzt die „Rote Fahne" unter die Abbildung. Welche Bewandtnis hat es aber in Wirklichkeit mit dem Zeitungshalterdraht? Als die Demonstranten am Montag nachmittag in das Restaurationszimmer des Gewerkschaftshauses eindrangen und an der Wand eine Zeitung hängen sahen — es war nicht die „Rote Fahne" — schrie einer von ihnen: „Ein solches Blatt gehört nicht ins Gewerkschaftshaus". Schrie's und riß die Zeitung mit solcher Wucht aus dem Halter, daß der Drahtspanner sich loslöste. Den Zeitungshalterdraht schwang später einer der Demonstranten in der Hand und nachträglich fand er seinen Weg nach der Redaktion der „Roten Fahne", die ihn alsdann im Bilde mit der angeführten Unterschriftszeile veröffentlichte.

So der Sachverhalt. Die „Rote Fahne" aber wagt es, den Berliner Arbeitern einen Witz zu erzählen, womit sie nur von neuem zeigt, wie niedrig sie das Proletariat einschätzt. Es ist gut genug, um es zu beschwindeln und zu Kanonenfutter zu machen. Es wird Zeit, daß sich ein Irrenarzt des Falles annimmt.

Neue Täuschungsversuche

Der Pommersche Landbund und seine Arbeitnehmergruppe

Zu unserem Artikel in Nr. 274 „Die Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes. Wozu sie mißbraucht wird", sendet uns ein Herr Johannes Wolf aus Stettin, der sich Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes nennt, eine „Berichtigung" mit der Aufforderung, sie auf Grund des § 11 des Preßgesetzes zu veröffentlichen. Obwohl die Zuschrift den preßgesetzlichen Anforderungen nicht entspricht, so daß ein Zwang zur Veröffentlichung für uns nicht vorliegt, veröffentlichen wir den Brief des Herrn Wolf doch mit besonderem Vergnügen. Nichts kann die ganze Art und Stellung der Arbeitnehmergruppe des Landbundes so treffend kennzeichnen, wie diese „Berichtigung", die angebliche Unrichtigkeiten richtigzustellen sucht durch neue Täuschungen. Das interessante Schreiben lautet:

1. Die stattgefundene Obmännerversammlung ist nicht vom Reichslandbund befohlen, sondern entspringt der **eigenen Entschließung der Leitung der Arbeitnehmergruppe.**

2. Wir beschwindeln nicht unsere Mitglieder, wie die „Freiheit" behauptet, wenn wir gegen die Verpfändung deutschen Grundbesitzes an das Ausland protestieren, wir sind imstande, aus einer ganzen Reihe sozialistischer Zeitungen das Bestehen eines solchen Planes nachzuweisen.

3. Die Arbeitnehmergruppe des Landbundes ist nicht durch hohe Löhne für den Landbundgedanken eingefangen worden, sondern folgt allein der Erkenntnis, daß auch der Arbeiter zum Landvolk gehört. **Die gegenwärtigen Löhne hat sich die Arbeitnehmergruppe im Verhandlungswege im zähen Kampf errungen.**

4. Die Mitglieder der Arbeitnehmergruppe sind keine Eunuchen des Großgrundbesitzes, sie schützen den Betrieb, weil auch sie vom Betriebe leben, sie werden sich zu wehren wissen, wenn einmal **der Besitz sich Uebergriffe erlauben sollte.**

5. Es ist kein Schwindel, wenn die Arbeitnehmergruppe 45 000 Mitglieder angibt, diese Zahl ist tatsächlich überschritten, wie wir jederzeit aus den Listen nachzuweisen in der Lage sind.

6. Die Arbeitnehmergruppe ist **in keiner Weise abhängig vom Großgrundbesitz,** sondern sie ist vollständig **Herr ihrer Entschließungen.**

So wenig **wir** genötigt waren, diese Zuschrift zu veröffentlichen, so überflüssig ist es eigentlich, auf diese Berichtigung etwas zu erwidern. Dennoch mögen einige kurze Bemerkungen angefügt sein.

Die von uns erwähnte Resolution der Obmännerversammlung der Arbeitnehmergruppe des Reichslandbundes deckt sich wörtlich mit einer Entschließung, die kurze Zeit zuvor der Reichslandbund selbst angenommen und veröffentlicht hat. Wiederum einige Zeit früher begann die „Deutsche Tageszeitung" ihren Sturmlauf gegen den Gedanken der Erfassung der Goldwerte. Der „eigene Entschluß" der Arbeitnehmergruppe des Landbundes, dem die Resolution entsprungen sein soll, kam also erheblich nach diesen Aktionen des Großagrariertums und ist nur eine Kopie von ihnen.

Was die Verpfändung deutschen Grundbesitzes an das Ausland angeht, so zweifeln wir gar nicht daran, daß deutsche Großgrundbesitzer ihr Eigentum auch an ausländische Kapitalisten verpfänden würden, falls ihnen ein solches Vorgehen für ihre Steuerdrückebergerei irgendwie nützlich erscheinen sollte. Andere Kreise denken an eine solche Verpfändung nicht.

Um die Stellung der Arbeitnehmergruppe zum Kern des Reichslandbundes, dem organisierten Großagrariertum, zu kennzeichnen, brauchen wir uns nur von neuem auf die Entscheidung des sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates zu berufen, der der Arbeitnehmergruppe die Eigenschaften einer Gewerkschaft abgesprochen hat, und zwar deswegen, weil sie in ihren Entschließungen nicht unabhängig ist, wie vor dem sozialpolitischen Ausschuß von Sachkennern nachgewiesen wurde.

Einen Witz aber macht Herr Wolf, wenn er behauptet, die gegenwärtigen hohen Löhne für die Eunuchen des Großgrundbesitzes habe „sich die Arbeitnehmergruppe im Verhandlungswege im zähen Kampf errungen". Warum haben denn die zähen Kämpfe, die der Deutsche Landarbeiterverband „im Verhandlungswege" mit dem Agrariertum geführt hat, nicht gleich günstige Abschlüsse erzielt? An Bemühungen des Landarbeiterverbandes, die sich durch eine seltene Friedfertigkeit auszeichneten, hat es doch wahrhaftig nicht gefehlt. Der Grund ist allein der, **daß der Deutsche Landarbeiterverband seine Unabhängigkeit nicht für hohe Löhne an die Großagrarier verkaufen wollte.**

Die Arbeitslosigkeit im Mai

W. T. B. verbreitet folgende offiziöse Darstellung:

Im Monat Mai 1921 ist die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen (nicht gleichbedeutend mit der Zahl aller vorhandenen Vollerwerbslosen) im Deutschen Reich von rund 395 000 auf rund 358 000 (darunter rund 282 000 männliche und 75 000 weibliche) gefallen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger, das heißt der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen Vollerwerbsloser, ist gleichzeitig von 440 000 auf 384 000 heruntergegangen. Die Zahlen stehen allerdings noch erheblich über den Ziffern vom 1. Juni 1920. Bei der Bewertung dieser Zahlen ist ferner zu berücksichtigen, daß sie die erwerbslosen Kopfarbeiter, deren Zahl gerade nach den letzten Beobachtungen in einer Reihe von Orten wieder in der Zunahme begriffen ist, nicht mit umfassen. **Es wäre daher verfehlt, aus der Besserung des Arbeitsmarktes im letzten Berichtsmonat auf eine Besserung unserer Wirtschaftslage zu schließen.** Unter den Gründen, aus denen die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Deutschland abgenommen hat, verdient neben dem Fortgang der landwirtschaftlichen Arbeiten die Belebung der Bautätigkeit hervorgehoben zu werden. Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge, die den Erwerbslosen statt Unterstützung Arbeit gibt, zurzeit 250 000 Personen beschäftigt, die sonst der Unterstützung anheimgefallen wären. Es ist also gegenwärtig für mehr als 40 Prozent der Erwerbslosen durch die produktive Erwerbslosenfürsorge Arbeit geschaffen; hierbei werden die langfristigen Erwerbslosen, die erfahrungsgemäß am schwersten Arbeit finden, besonders berücksichtigt.

Ein französisches Ausnahmegesetz

Die Reaktion in Frankreich beschreitet immer brutalere Wege. Mit besonderer Schärfe wendet sie sich gegen die antimilitaristische Agitation. Deren Unterbindung soll ein Ausnahmegesetz bewirken, das nun im Entwurf der Kammer vorliegt. Wir greifen im folgenden einige hauptsächliche Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes heraus:

1. Die Soldaten haben allen Befehlen ihrer Vorgesetzten Gehorsam zu leisten.

2. Wer, in welcher Form und auf welche Weise dies auch immer sei, diese Bestimmung zu kritisieren sich unterstellt, wird mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren und einer Geldstrafe von 100 bis 20 000 Franken belegt.

3. Derselben Strafe unterzieht sich, wer, in welcher Form dies auch immer geschehe, die militärische Indisziplin verherrlicht.

4. Wer unter Ausbeutung der achtungswertesten Gefühle in antimilitaristischer Propaganda an die Mütter, die Frauen und die Kameraden appelliert, verfällt denselben Strafen.

5. Das Gericht kann dem Schuldigen das Aufenthaltsrecht bis zu fünf Jahren entziehen.

Man versteht, daß ein solches provozierendes Gesetz eine Herausforderung ist, und es ist außerordentlich bezeichnend, daß keine bürgerliche Partei bisher gegen diesen Gesetzentwurf Stellung genommen hat. Um so geschlossener steht die französische Arbeiterschaft in der Abwehr dieses Gesetzes.

Paris, 24. Juni.

Havas zufolge hat eine Anzahl sozialistischer Abgeordneter dem Präsidenten der Kammer angekündigt, daß sie beabsichtigen, zwei Interpellationen wegen der während des Krieges erfolgten **„ungesetzlichen und ungerechten Verurteilung" von Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten durch das Kriegsgericht einzubringen** und den Minister zu befragen, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenke, um den Verurteilten eine gerechte Entschädigung zuteil werden zu lassen, und die für die Verurteilung verantwortlichen Persönlichkeiten heranzuziehen. Die beiden Interpellationen, die von der sozialistischen Gruppe auf ihrer letzten Versammlung beschlossen wurden, sollen die Antwort auf den Gesetzentwurf der Regierung sein, der sich gegen die antimilitaristische Propaganda richtet.

Aus der Partei

Unsere Parteibewegung in Sachsen

Der soeben erschienene Bericht des Landesvorstandes der U. S. P. Sachsens ist in jeder Beziehung erfreulich zu nennen. Der Bericht enthält eine ausführliche Darstellung der politischen Ereignisse und beschäftigt sich eingehend mit dem Eintritt der U. S. P. in die Regierung. Wie die Partei im ganzen Reich, so war sie auch in Sachsen während des letzten Jahres einem Auf und Nieder unterworfen. Aber seit dem Ausscheiden der Kommunisten ist die Partei auch in Sachsen in steter Aufwärtsentwicklung begriffen. Das zeigen einwandfrei die Mitgliederzahlen. Der Mitgliederbestand betrug für alle sächsischen Bezirke am 1. April 1920 insgesamt 90 513, am 1. April 1921 insgesamt 79 178. Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß das Ausscheiden der Neukommunisten kaum eine Lücke hinterlassen hat. In den Gemeindevertretungen ist unsere Partei zahlreich vertreten. In sämtlichen Bezirken gibt es insgesamt 1337 Gemeindevertreter, 117 Gemeindeälteste, 356 Stadtverordnete und 112 Stadträte.

Die sächsische Parteipresse weist einen befriedigenden Stand auf. Das gilt sowohl in bezug auf die Zahl ihrer Abonnenten, als auch in bezug auf die finanzielle Grundlage der Parteidruckereien. Die „Leipziger Volkszeitung" verfügt über einen Abonnentenstand, der weit über dem der Vorkriegszeit liegt. Die „Volkszeitung für das Muldental", ein Kopfblatt der „Leipziger Volkszeitung" hat den Vorkriegsstand fast verdoppelt. Hier ist auch nach der Parteispaltung nicht nur kein Rückschritt, sondern ein Fortschritt eingetreten. Die „Volkszeitung für Westsachsen" wird in eigener Druckerei in Plauen hergestellt. Die Druckerei ist ein Tochterunternehmen der Leipziger Buchdruckerei A.-G. Trotz seiner Jugend steht das Unternehmen in jeder Beziehung gefestigt da. Die Zahl der Leser hat durch die Parteispaltung kaum eine vorübergehende Minderung erfahren. Auch die „Chemnitzer Volkszeitung", die „Unabhängige Volkszeitung in Dresden" und das Zittauer Parteiblatt „Die Wahrheit" entwickeln sich günstig.

Alles in allem zeigt der Bericht, daß unsere sächsische Parteiorganisation an Zahl der Mitglieder und Festigung der Organisation mit an der Spitze marschiert.

---

voll von Sommersprossen. Er trug einen roten Vollbart und langes blondes Haar. Seinen Räuberbanden ritt er mit Panzerhemd und Faustkolben voraus. Seine Ehre setzte er darein, die erste Fackel an ein Dorf zu schleudern, das er zum Untergange bestimmt hatte.

Kaiser und Reich wurde dieses Treiben bald zu bunt. Albrecht wurde in die Acht erklärt. Er spottete aber seiner Verfolger und rief bei einem Trinkgelage aus: „Acht und Aberacht sind sechzehn; wir wollen sie fröhlich und in Frieden miteinander vertrinken." Zum Weihnachtsfest und zum Neujahr 1554 wollte er „den Pfaffen ein Feuer anzünden, daß die Kinder im Mutterleibe einen Fuß an sich ziehen oder auch beide." (!!) Seine Tage waren gezählt. Seine Drohungen schreckten nicht mehr. In Deutschland konnte er sich nicht mehr halten; er flüchtete nach Frankreich, dessen Könige er die Dörfer und Städte auf seinen Raubzügen hatte huldigen lassen, um dem französischen König zu beweisen, „daß die deutsche Treue und Anhänglichkeit noch nicht ausgestorben sei!"

K. G.

Zur Entwicklung des Lehrfilms. Die Bewegung für den Schul- und Lehrfilm ist gegenwärtig in England wie bei uns im Wachsen begriffen, und allenthalben sucht man die besten Organisationen zu schaffen, um dieses wertvolle Anschauungsmittel für den Unterricht zugänglich zu machen. Einer der Vorkämpfer dieser Bewegung, E. H. Heywood, tritt nun mit dem Plan hervor, man solle einen „Völkerbund im Film" schaffen. „Wenn die Unterrichtsbehörden der großen Mächte", sagte er, „sich zusammentun würden und zunächst einmal einen Grundstock von 200 ausgezeichneten Lehrfilms schaffen könnten, dann würde eine Zentralorganisation da sein, die von höchstem Wert wäre. Die einzelnen Länder könnten solche Films untereinander austauschen, und so ließe sich ein wirklicher internationaler Geographieunterricht mit geringen Kosten ermöglichen. Bisher gibt es noch keine guten Schulfilms. Es gibt nur Films, die auch für Unterrichtszwecke benutzt werden können. Die Zusammenarbeit der Völker und der verschiedenen Filmindustrien wäre notwendig, um das hohe Ziel zu erreichen; wirkliche gute Lehrfilms, die allen Schulen zur Verfügung gestellt werden könnten."

Wie amerikanische Arbeiter ihren Willen durchsetzen. In Norfolk (Virginia) kam es zu einem Maschinistenausstand. Er konnte lange dauern, denn hinter den Streikenden stand die International Machinists Union mit einem für Streikunterstützungen verfügbaren Kapital von 2 Mill. Dollar. Aber nach ein paar Tagen fügte es der Zufall, daß die Streikleitung Kenntnis bekam von einer Schuld des Crescantwerkes von 40 000 Doll., die überfällig war und nicht eingelöst wurde. Schnell ging der Gewerkschaftssekretär E. C. Davison zur Bank und legte 40 000 Doll. auf den Tisch, um den Schuldtitel zu kaufen. Erst wollte die Bank nicht darauf eingehen, aber die Unionisten hatten Depots dort liegen; diese fingen an, in auffälliger Weise zu schwinden, und bald änderte die Bank ihren Sinn. Nun ging die Streikleitung zum Crescantwerk und stellte ihre Forderungen. Die Direktion meinte, sie müßte das Werk schließen, wenn sie die Forderungen bewilligte, denn sie schulde noch 40 000 Doll. Sofort kam die Schuldforderung zum Vorschein, mit der Drohung sofortiger Klage, wenn die Forderungen der Union nicht bewilligt würden. Das wirkte sofort. Die Arbeiter verdienten jetzt ohne Ueberstunden 20 Doll. mehr die Woche, und bald wurde durch Organisationsänderungen lohnende Arbeit für 360 Leute geschaffen, an Stelle 40 unter dem alten System.

Nun wollten Banken und Lieferanten das neue soziale Unternehmen durch Kreditsperre sabotieren. Aber die Union deponierte die notwendigen Summen, und bald fügten sich die Gegner, die ihren geschäftlichen Vorteil höher schätzten als ihren Widerwillen gegen die Arbeiterschaft. Und so blühte das Unternehmen weiter, sogar Staatsaufträge konnte es sich verschaffen. Ein Streik von 12 Wochen hätte 60 000 Doll. gekostet; so genügte eine Investierung von 40 000 Doll. um ohne Streik weit größere Vorteile zu erlangen als anfänglich beabsichtigt war. Das ist die „Norfolk-Idee", die jetzt in Amerika und England großes Aufsehen erregt und zur Nachahmung anreizt.

Vindex.

Eine Demonstration im Großen Schauspielhaus. In der gestrigen Vorstellung der „Weber" im Großen Schauspielhaus gab es eine unliebsame Unterbrechung. Im dritten Akt erschollen plötzlich vom Dritten Ring herab laute Rufe: „Hölz heraus, Hölz heraus!" Die Rufe pflanzten sich durch den ganzen Ring hindurch fort und führten schließlich dazu, daß die Vorstellung unterbrochen werden mußte. Einer der Darsteller trat vor und bat das Publikum in einer kurzen Ansprache, sich ruhig zu verhalten, um den Fortgang des Spieles zu ermöglichen. Nach einigen Minuten war dann auch wirklich die Ruhe wieder hergestellt, und die Aufführung konnte ohne weitere Unterbrechung zu Ende geführt werden.

Tages-Notizen

Erstaufführungen. Schiller-Th.: 50. Meine Frau, das Fräulein. — Staatliches Opernhaus: 1. Die Strohwitwe. — Th. in der Königgrätzer Straße: 1. Glaube und Heimat. — Volksbühne: 1. Der Kaiserjäger. — Lessing-Th.: 1. Das Tagebuch einer Verlorenen.

Ausstellungen. Im Kunstsalon Ferdinand Möller sind graphische Arbeiten von Ernst Barlach, Lyonel Feininger, Gothein, Erich Heckel, E. L. Kirchner, Oskar Kokoschka, Otto Mueller, Emil Nolde, Max Pechstein, Schmidt-Rottluff und Richard Seewald neu ausgestellt.

Kleine Mitteilungen. Das Neue Theater am Zoo ist im Umbau fast beendet. Es wird Ende August eröffnet. — Der neue Stadtbaurat von Magdeburg, Bruno Taut, hat den durch Ausstellungen und Literatur bekannten Baukünstler E. Krayl als Mitarbeiter für das städtische Hochbauamt gewonnen.

Der Verband Deutscher Musikkritiker hat seine Hauptversammlung am 13. Juni in Nürnberg unter guter Beteiligung abgehalten. In den fast achtstündigen Verhandlungen nahm die Beratung von Schutzmaßnahmen gegen Anfeindungen und sogar Bedrohungen, denen die Musikkritiker in ganz Deutschland in steigendem Maße ausgesetzt sind, breiten Raum ein. Die Mitgliederzahl hat sich von 64 im vorigen Jahre auf 86 in diesem Jahre erhöht. Der bisherige Vorsitzende Paul Bekker, der eigentliche Gründer des Verbandes, und der 1. Schriftführer Prof. Dr. Schünemann lehnten eine Wiederwahl in den Vorstand ab. Die Neuwahl erbrachte Prof. Dr. Hermann Springer (Berlin) als ersten Vorsitzenden, Dr. Alfred Einstein (München) als zweiten Vorsitzenden, Eugen Thari (Dresden) als 1. und Dr. Werner Wolffheim als 2. Schriftführer, Alexander Eisenmann (Stuttgart) als Kassenwart.

Groß-Berlin

Ein kriegerischer Gymnasialdirektor

Der so mühsam unschädlich gemachte Stadtschulrat Reimann soll von neuem auf die Jugend losgelassen werden. Er ist zum Direktor des Gymnasiums „Zum grauen Kloster" gewählt worden. Die für diese Wahl Verantwortlichen müssen nicht gewußt haben, welch Geistes Kind der Herr Reimann ist. Wir sehen uns daher verpflichtet, zur besseren Beurteilung beizutragen. Als Reimanns Hauptschrift wird sein: „Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation" angegeben. Vergessen ist, daß Herr Reimann auch der Neuherausgeber von Adolf Lassons „Kulturideal und der Krieg" 1916 ist. In dem Vorwort sagt Herr R. wörtlich:

„Heute, im Zeitalter der Freunde des Friedens um jeden Preis kann die Schrift vielleicht eine nützliche Wirkung dadurch hervorrufen, daß sie zur Erneuerung der Debatte einiges Material beibringt. Auf die Gewinnung des Nobel-Preises hat allerdings der Verfasser jede Hoffnung aufzugeben sich entschließen müssen."

Romain Rolland gibt in seiner Schrift: „Audessus de la mêlée" neben anderen auch namentlich Herrn Lasson einen großen Teil der Schuld an der Völkerverhetzung. In dem obenerwähnten Büchlein sagt Lasson, für den Reimann so warm eintritt, ziemlich wörtlich: „Ein Volk und nun gar einen Bruchteil eines Volkes entscheiden lassen über internationale Dinge, etwa über seine Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Staate, wäre etwa dasselbe, als wollte man die Kinder eines Hauses darüber abstimmen lassen, wen sie als ihren Vater anerkennen, achten, lieben und ehren wollen. Dies Selbstbestimmungsrecht ist der frivolste Betrug, den je ein welscher Kopf ersonnen hat!"

Und ein solcher Mann, der sich wohlweislich durch seinen politischen Fanatismus als Stadtschulrat ungeeignet erwiesen hat, soll jetzt wieder als Direktor einer Anstalt fungieren?

Die zusammengestrichenen Haushaltspläne der Bezirke

Im Verlauf der Beratungen des Haushaltsausschusses über die Voranschläge der Verwaltungsbezirke hob der Stadtkämmerer Dr. Karding hervor, daß bei der Berechnung der Verwaltungskosten auf den Kopf der Bevölkerung sich merkwürdige Ergebnisse, insbesondere große Unterschiede zwischen den einzelnen Bezirken herausgestellt hätten, die sich wohl aus den geschichtlich gewordenen Besonderheiten auf verschiedenen Gebieten erklären ließen. Die höchsten Kosten auf den Kopf hat der Bezirk Zehlendorf; er ist aber trotzdem im ganzen hinter dem Voranschlag des Vorjahres zurückgeblieben, weil er sich starke Abstriche gefallen lassen mußte. Von den 6 Millionen betragenden Anmeldungen der außerordentlichen Verwaltungen bleibt nichts stehen. Auch der Wunsch des Bezirks, ein Heimatmuseum einzurichten, mußte fallen. Zu den Bezirken, die bezüglich des Bedarfs an letzter Stelle stehen, gehört Steglitz, wegen der Kosten in der ordentlichen Verwaltung als billigste Verwaltung sogar an erster Stelle. Neukölln hatte 103 Millionen für die außerordentliche Verwaltung aus Anleihemitteln angefordert; der Betrag wurde auf 26,7 Millionen zusammengestrichen. Lichtenbergs Anleihemittel wurden von 2,3 Millionen auf 125 900 M. und Reinickendorfs Anmeldungen auf diesem Gebiet von 9,6 Millionen auf nur 100 000 vermindert. Was den Gesamtbedarf der Bezirke anlangt, so wurde Köpenick von 33 auf 18 Millionen herabgesetzt, Lichtenbergs Bedarf von 68 auf 54,88 Millionen, Weißensees Bedarf von 26 auf 23, Pankows Bedarf von 36,9 auf 30,4 und Reinickendorfs Bedarf von 40 auf 36,1 Millionen. Die Reinickendorfer Volksspeiseanstalt kommt in Wegfall; die dortige Gemeindemolkerei erfordert einen Zuschuß von 400 000 M.

Reklameunternehmungen auf den Straßen Berlins

Der Magistrat beabsichtigt, dem Beispiel anderer Städte folgend, Straßen und Plätze Berlins mehr als bisher für Werbezwecke mehreren Gesellschaften zur Verfügung zu stellen. Eigenbewirtschaftung durch die Stadt kommt nach Ansicht des Aufsichtsrates der von der Stadt gegründeten Berliner Anschlag- und Reklamewesen G. m. b. H. nicht in Frage. Die zwecks Vergebung geführten Verhandlungen ergaben, daß die Stadtgemeinde wirtschaftlich am besten fahre, wenn das Recht auf Ausnutzung des betreffenden Reklamezweiges auf das gesamte Gebiet der Einheitsgemeinde Berlin ausgedehnt wird. Es kommt in Betracht die Aufstellung von Auskunftsautomaten sowie von Verkehrswartplänen, die Anbringung von Reklameschildern an den Straßenschilderpfosten und den Trägern der öffentlichen Straßenbeleuchtung und zwar lediglich für Dauerreklame. In allen Verträgen ist ferner neben einer festen jährlichen, in vierteljährlichen Raten im voraus zu zahlenden Miete, noch eine Gewinnbeteiligung der Stadt vorgesehen. Der Magistrat hofft eine Einnahme im ersten Jahre von ca. 3½ Millionen Mark zu erzielen.

Warum Eigenbewirtschaftung der Stadt nicht in Frage kommt, wird hoffentlich der Magistrat den Stadtverordneten beim Einbringen der Vorlage begründen.

Teure Pilzscheine

Früher stellten die Forstverwaltungen sogenannte Pflückscheine, Erlaubnisscheine zum Sammeln von Heidelbeeren, Pilzen usw. für 25 Pfg. aus. Kinder und Bedürftige erhielten solche Scheine schon für 5 und 10 Pfg. Jetzt kostet ein derartiger Schein 10 M. und mehr. Und was ist nun der Erfolg? Während früher ganze Familien, oft 6—10 Personen, sich aufmachten, um Pilze, Erdbeeren, Heidelbeeren usw. zu sammeln, und mit Erfolg von ihren Touren zurückkehrten, eine Menge Waldfrüchte heimbrachten, ist es heute umgekehrt. Nur wenige sammeln, bringen geringe Mengen nach Haus, die von den Familien oft selbst verbraucht werden, so daß für den Verkauf wenig übrig bleibt. Mit anderen Worten, das Angebot von Waldfrüchten muß sinken und die Preise müssen steigen. Heidelbeeren, die früher 20—40 Pf. kosteten, sind heute nicht unter 4—6 M. zu haben. Mit Walderdbeeren und Pilzen ist es natürlich noch ungünstiger bestellt. Pfefferlinge und Steinpilze werden immer rarer. Schon kosten sie 5—6 M. das Pfund. Wenn das so weiter geht, müssen die Familien in den Städten auf den Genuß von Waldfrüchten ganz verzichten.

Kartoffelwucher

In den Berliner Markthallen stehen die Frauen wieder nach Kartoffeln an. Alte Kartoffeln werden nur noch 5-Pfundweise von den Händlern abgegeben, weil nur ganz geringe Quantitäten auf dem Markt sind. Der Preis beträgt 90 Pfennig und 1 Mark für das Pfund, aber selbst die 1 Mark-Kartoffeln sind derartig schlecht, daß die Hausfrauen nur ein Drittel davon gebrauchen können. Bei diesem Kartoffelwucher ist den Deutschnationalen die unmittelbare Schuld direkt nachzuweisen. Denn diese Kreise waren es, die den Magistrat daran hinderten, rechtzeitig für genügende Kartoffelzufuhren zu sorgen. Daneben versuchten sie auch noch die Preisprüfungsstelle zu beseitigen, um dann ungehindert den Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes ausführen zu können. Wie notwendig die Preisprüfungsstelle ist, beweist jetzt ihr erfolgreiches Eingreifen bei der Preisfestsetzung für neue Kartoffeln.

Die Zufuhren an neuen Kartoffeln haben in den letzten Tagen wieder reichlicher eingesetzt. Die hohen Preise, die bisher dafür gefordert wurden, haben die Preisprüfungsstelle veranlaßt, nähere Feststellungen auf den Märkten zu machen. Beamte dieser Behörde unterzogen nachts den Neuköllner Frühkartoffelmarkt einer Prüfung und stellten dabei fest, daß die Landwirte für den Zentner durchschnittlich 180 M. verlangten und erhielten. Die Beamten schritten gegen diese Verteuerung sofort ein und zwangen die Produzenten, den Preis auf 120 M. zu reduzieren und von den erhaltenen Kaufsummen entsprechende Beträge zurückzuzahlen.

Das Urteil im Prozeß Bock-Nägler

Nach zweitätiger Verhandlung im Mordprozeß gegen die Geschwister Nägler und den Drogisten Wilhelm Bock wurde gestern abend das Urteil verkündet. Das Gericht verurteilte auf Grund des Wahrspruchs der Geschworenen und in voller Uebereinstimmung mit den Anträgen des Staatsanwalts den Angeklagten Wilhelm Bock wegen gemeinsamen schweren Raubes mit Todeserfolg zu lebenslänglichem Zuchthaus; Gertrud Nägler wegen Raubes zu 15 Jahren Zuchthaus, und ihren Bruder Ernst Nägler wegen Anstiftung zum schweren Raube zu lebenslänglichem Zuchthaus. Von der Verteidigung wurde sofort Revision angemeldet.

*

Der vor dem Schwurgericht des Landgerichts II verhandelte **Prozeß gegen den Kaufmann Hans Günther Goede**, der seinen Onkel, den Buttergroßhändler Eitner in der Gleditschstraße 30 getötet hat, ist durch ergangenes Urteil beendet worden. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage wegen Körperverletzung mit Todeserfolg. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 4 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Zeugen gesucht. Personen, welche gesehen haben, wie am 23. 6. 1921, mittags ½12 Uhr, ein alter, kleiner Mann am Bülowplatz, Ecke Koblankstraße, von einem Schlächterwagen überfahren wurde, werden um ihre Adresse gebeten von Wilh. Schrolle, Kl. Andreasstraße 21.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag: Etwas wärmer, vielfach heiter, bei mäßigen westlichen bis südwestlichen Winden. Keine oder unerhebliche Niederschläge.

Gewerkschaftliches

Transportarbeiter über den Kommunistenradau

In der am Donnerstag abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattgefundenen Generalversammlung des Bezirkes Groß-Berlin des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes wurde den Freunden der K. P. D. Gelegenheit gegeben, der an sie durch die „Rote Fahne" ergangenen Aufforderung nachzukommen, dadurch, daß sie einem aus der Mitte der Versammlung gestellten Antrag, der verlangte, vor Erledigung der vorliegenden Tagesordnung zunächst einmal eine Aussprache über die Vorgänge in dem Gewerkschaftshause vorzunehmen, ihre tatkräftige Unterstützung hätten zuteil werden lassen können.

Aber obwohl sonst die Betreffenden sich oft auf das lebhafteste bemühen, Erörterungen über meist an den Haaren herbeigezogene Themata herbeizuführen, zogen sie es diesmal vor, entgegen der Parole ihrer Partei, die Erörterung der Vorkommnisse im Gewerkschaftshaus zu verhindern, indem sie sich mit allen Mitteln bemühten, die Ablehnung des Antrags durch die Generalversammlung zu erreichen.

Die überwiegende Mehrzahl der Delegierten aber machte Ernst mit der Forderung der „Roten Fahne" und benutzte die Gelegenheit der Generalversammlung, um sich über ihre Stellungnahme zu den Krawallen durch eine Aussprache schlüssig zu werden.

Mit neunzehntel Mehrheit wurde eine längere Entschließung angenommen, in der ausgesprochen wurde, daß nicht ein Moment die Not der Arbeitslosen verkannt und ihnen die Solidarität neuerdings erklärt wird.

„Sie verurteilt aber mit aller Entschiedenheit die Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten, zu deren Ausübung bzw. stillschweigenden Duldung die Arbeitslosen sich durch dunkle Ehrenmänner haben verleiten und mißbrauchen lassen."

Die Versammlung wies ferner auch mit aller Entschiedenheit die Zumutung zurück, daß ihre Beauftragten sich über die Ausführung der ihnen durch die organisierte Arbeiterschaft gewordenen Aufträge vor unorganisierten Arbeitern, ja noch mehr vor einem völlig unkontrollierbaren Forum zu verantworten habe.

„Die Versammlung gibt ihrem lebhaften Bedauern Ausdruck über die durch eine die Tatsachen völlig auf den Kopf stellende Berichterstattung der „Roten Fahne" bewirkte Verhetzung der Arbeiterschaft.

Von den organisierten arbeitslosen Kollegen wird erwartet, daß dem Treiben der dunklen Ehrenmänner, den eigentlichen Arrangeuren der Demonstrationen, mit aller gebotenen Energie das Handwerk gelegt wird.

Von der Ortsverwaltung erwartet die Generalversammlung, daß sie alle zum Schutze des Eigentums und der Einrichtungen der Organisationen notwendigen Maßnahmen trifft."

Zum Kampf der Bankbeamten

Freitag, den 24., fand eine vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten einberufene öffentliche Versammlung in der Brauerei Königstadt statt, die sich mit dem Tarifkampf im Bankgewerbe beschäftigte. Vor der überaus gut besuchten Versammlung berichtete **Marx** über die Verhandlungen im Schlichtungsausschuß, die noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Er wandte sich gegen die Methoden der Unternehmer, die wir ja bereits kürzlich schilderten und erklärte, daß die Prämienzahlung an Angestellte eine Gesinnungsbezahlung sei, die nur Spitzel, Denunzianten usw. züchte. Die Ausweise der Banken, resp. der Bilanzen, so auch die der Deutschen Bank, sind **durchweg falsch**, weil mindestens dreifach höhere Verdienste herausgewirtschaftet wurden.–

Emouts bespricht den Schiedsspruch, der inzwischen gefällt wurde und den die Versammlung mit größter Entrüstung aufnimmt. Redner wendet sich auch gegen die Ueberstundenwirtschaft, die im Bankgewerbe getrieben wird und erklärt, daß dadurch der Allgemeinheit ungeheurer Schaden zugefügt werde. Verschiedene Redner vom abgesplitterten Reichsverband der Bankangestellten erregten den lebhaftesten Unmut der Versammlung, so daß etwa 35 Mann dieses Verbandes den Saal verließen.

In einer einstimmig angenommenen Resolution, die sich an die Bankangestellten Deutschlands wendet, wird erklärt, daß die versammelten Bankangestellten Groß-Berlins sich „einmütig hinter die Forderungen des Allgemeinen Verbandes stellen, und daß sie es müde sind, weiter zuzusehen, wie die Gewinne des Gewerbes sich häufen, sie selbst aber hungern müssen."

Sie erwarten daher von allen Bankangestellten Deutschlands, ohne Rücksicht auf die Organisationszugehörigkeit, daß sie dem Rufe zum gewerkschaftlichen Kampfe gegen das Bankkapital Folge leisten, wenn der Ruf dazu seitens der Organisationen ergeht."

Akademiker und Kapitalisten

Wollen sich die Chemiker nach dem gegebenen Beispiel der Arbeitgeber organisieren, also dementsprechend sich mit den anderen Angestellten zu geschlossenen, machtvollen Verbänden vereinigen, so hören sie von ihren Chefs schöne wohlwollende Worte über die Standeswürde der „Herren Mitarbeiter", welche doch eine solche „kommunistische Gleichmacherei" nicht gestatte u. dgl. Im äußersten Falle „gestattet" man noch ein harmloses Sonderverbändchen, wie es z. B. der in christlich-nationalem Fahrwasser schwimmende „Bund der angestellten Chemiker und Ingenieure" ist. Der Kitzel des Standes- und Zunftdünkels war ja von jeher das erfolgreichste Mittel, einen Keil in die Angestelltenschaft zu treiben.

In welch brutaler Weise Unternehmer gegenüber Akademikern vorgehen, zeigt folgender Vorfall, der kürzlich vor dem Schlichtungsausschuß Berlin verhandelt wurde:

Der Chemiker Professor Dr. L. klagte gegen eine Charlottenburger chemische Fabrik auf Zahlung des Tarifgehalts der chemischen Industrie. Der Firmeninhaber machte geltend, daß die erhaltenen 1500 M pro Monat noch viel zu viel seien. In Wirklichkeit sei Professor L. nicht einmal 50 M. wert gewesen, da er „**doof**" gewesen sei! (Wörtlich und in einem eingereichten Schriftsatz noch extra zu den Akten gegeben!) Diese, für einen deutschen Professor immerhin nicht alltägliche Qualifikation rief um so mehr Erstaunen hervor, als festgestellt wurde, daß dessen ungeachtet die Firma noch kurz vorher mit demselben „doofen Professor" einen allerdings hahnebüchenen Vertrag über die Ausbeutung seiner Erfindungen abgeschlossen hatte.

Die Chemiker und anderen akademischen Angestellten mögen aus diesem für sich selbst sprechenden Beispiel erkennen, wo organisatorisch ihr Platz im modernen Wirtschaftsgetriebe ist. Nicht Arm in Arm mit dem sie ausbeutenden und obendrein noch verhöhnenden Unternehmertum, aber auch nicht „in der Mitte" zwischen diesen und den Arbeitern und übrigen Angestellten, wie ihnen die falschen Propheten des „Budaci" einzureden versuchen. Wollen sie sich die Achtung und Anerkennung erringen, die ihrer Bedeutung im Arbeitsprozeß zukommt, so kann das nur im engsten Einvernehmen mit den anderen freigewerkschaftlich organisierten Angestellten — ohne Rücksicht auf die mehr oder minder zufällige Vorbildung — geschehen. Die richtige Organisation der Chemiker ist nur die Einheitsorganisation der deutschen Techniker, der **„Bund der technischen Angestellten und Beamten"**, Berlin NW 52, Werftstr. 7.

Parteiveranstaltungen

11. Distrikt (früher 9.). Die Delegierten zur letzten Generalversammlung haben auch an der morgen vormittag ½10 Uhr in der Brauerei Königstadt stattfindenden Kreisversammlung teilzunehmen. Die Karten werden am Eingang durch Genossen Wolwode ausgegeben.

Sonntag, 26. Juni

Bezirk Röntgental und Umgegend. Alpenberge bei Jorisch: Waldfest. Um 3 Uhr Treffpunkt bei Bärwolf, Röntgental, und Ecke Bahnhofstraße. Abmarsch 3½ Uhr. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Bernau. Beteiligung am Röntgentaler Waldfest. Die Genossen treffen sich 1¾ Uhr am Bernauer Bahnhof. Abfahrt 2.01 Uhr bis Röntgental.

Vereinskalender

Sonnabend, 25. Juni

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegsopfer. Abends 7 Uhr Generalversammlung im Realgymnasium, Kaiser-Friedrich-Straße. Die Mitglieder der U. S. P. treffen sich vorher um 6 Uhr im Ideal-Kasino, Weichselstraße.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftl.: Robert Heusel, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometzer, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 30.

Botenfrauen
werden sofort eingestellt
Charlottenburg, Wallstraße 90,
Hof, Stfl., part., geöffn. von 9—11, 2—5 Uhr

Botenfrauen stellt ein für **Neukölln**
Wanzlick-, Mahlower u. Selchower Str.
Spedition Krüger, Neukölln, Emser Straße 32

Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden. Bernsteller Henkel & Co Düsseldorf

LÄUSE nebst Nissen, Wanzen, Motten, Flöhe, Schwaben werden radikal vernichtet durch
PFEIFFEROL
Erhältlich in Apotheken und Drogerien, Apotheker Otto Pfeiffer & Piehler, Berlin N. 65, Schulstraße 16

Zur Justizreform! Jetzt aktuell!
Klassenjustiz
Chronologische Gegenüberstellung von Gerichtsurteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre
Von Fritz Schneider Preis 1.80 Mk.
Buchhandl. „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 30

Homöopath.
Inst. (1905) Erfolgreich giftfreie Kuren ohne Einspritzungen.
Kries (Bln.-Hohenschönhausen (55
Oderfeerstr. 41 (Telefon)
Ausk. u. Brosch. 80 Pf. Porto.

Alt-Metalle
verkauft man nur richtig
Oderberger Straße 1
Reinickendorfer Straße 107

Annahme in allen Expeditionen des Verlages **Kleine Anzeigen** Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 30
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Staunenerregend! Kreuzfüchse 85.—, Rotfüchse 75.— Mark an, Alaskafüchse, Edelfüchse sowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Keine Lombardwaren! Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Anzüge 250.—, Covercoats 375.—, Gummimäntel 275.—, Hosen 65.—, Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenth. Str.

Leihhaus Friedrichstr. 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Herrengarderobe. Keine Lombardware.

Restehaus Pelz, Kottbuser Straße 5. Kammgarne, Gabardine, Tuche, Seiden, Futterstoffe. Stoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Röcke sehr preiswert.

Möbel

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Möbel-Cohn,
Große Frankfurter Str. 58, im Norden: Badstr. 47a48, liefert gegen Bar- und Teilzahlung, bei kleinster Anz. u. Abzahlung, ganze Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbel in bester Ausführung. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Liefere auch nach auswärts.

Chaiselongues 100,— Chaiselongueedecke 35,—, Metallbetten 160.—, Kinderdrahtbett, Meicke, Augustbr. 32a, Dugd.

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 34.

Umbausofas 825 bis 1525,—, Chaiselongues 200,— bis 575,—, Auflagmatratzen, Patentmatratzen 110,—. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Fahrräder

Erstklassige Markenräder wie Wanderer, Brennabor, Stöwer, N. S. U. usw. von 675 M. an. Fahrradgummi, Decken 40 M. Schläuche 15 M. Größte Reparaturwerkstatt. Alle Ersatzteile, Achsen, Conen, Spez. Freilaufteile stets am Lager. Klein, Charlottenburg, Bismarckstraße 62.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer, Schmiegeleisen, Feilen, Nägel, Masch.-Schrauben Waßmannstraße 22.

Kugellager, hochzehlend, Selbstverbraucher. Pilz, Reinickendorfer Str. 93, Hof part. links. Moabit 3020.

Geld-Verkehr

Sofort Geld auf Wertsachen, Brillanten, Wäsche, Pfandscheine, Rückkaufsrecht. Schulz, Danziger Straße 69 (an der Prenzlauer Allee).

Verschiedenes

Lebensmittelgeschäft, zwei Stuben, Küche und Stall gegen Wohnungstausch. Habermann, Adalbertstr. 36, Preis 10 000.

Erwerbstätige Frauen! Verlangt den Aufruf von Luise Ziez, „Willst du arm und unfrei bleiben?" (30 Pfg.), gegen Einsendung von 45 Pfg. von der Buchhandlung „Freiheit", Berlin, Breite Straße 30.